

Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

1. Bürokratieabbau und digitale Verwaltungsmodernisierung

Effiziente, transparente und verlässliche Verwaltungsverfahren sind eine zentrale Voraussetzung für die Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten. Gleichzeitig binden umfangreiche Dokumentations-, Melde- und Genehmigungspflichten erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen. Ein konsequenter Bürokratieabbau durch die Reduzierung von Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die Vermeidung von Mehrfacherhebungen durch besseren Datenaustausch zwischen Behörden gewinnt daher zunehmend an Bedeutung.

Hierzu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung von Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufen innerhalb der Landesverwaltung, um Effizienzpotenziale zu heben und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Zugleich kommt der Digitalisierung eine zentrale berufsübergreifende Rolle zu. Voraussetzung hierfür sind ein flächendeckender Breitbandausbau, eine konsequente Umsetzung von E-Government-Strukturen sowie die digitale Transformation von Verwaltungsprozessen. Digitale Lösungen müssen medienbruchfrei, interoperabel, nutzerorientiert, bezahlbar und praxistauglich ausgestaltet sein und dürfen keine zusätzlichen Dokumentations- oder Bürokratiepflichten erzeugen. Eine stärkere Vernetzung von Verfahren, die Nutzung automatisierter Prozesse sowie eine Konzentration staatlicher Kontrollen auf wesentliche Kernbereiche können zusätzlich zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Dokumentations-, Melde- und Berichtspflichten sowie Genehmigungsprozesse für freiberuflich Tätige systematisch zu überprüfen, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und Verfahren spürbar zu vereinfachen und zu reduzieren?

X Ja Nein

Aus Sicht der CDU Sachsen-Anhalt ist der Abbau von Bürokratie eine zentrale Voraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern und Freiberuflern von unnötigem Verwaltungsaufwand zu entlasten. Die CDU fordert hierfür ein konsequentes Bürokratie-Moratorium, damit während der wirtschaftlichen Erholung keine neuen Belastungen entstehen. Ein Kernanliegen ist die Einführung des „Once-Only“-Prinzips, bei dem Daten nur noch ein einziges Mal an staatliche Stellen übermittelt werden müssen, um Mehrfacherhebungen zu stoppen. Zudem setzt sich die CDU für eine umfassende Genehmigungsfiktion ein: Wenn Behörden nicht innerhalb einer festgelegten Frist über einen Antrag entscheiden, soll dieser automatisch als genehmigt gelten. Ziel der CDU ist es, durch digitale „One-Stop-Shops“ und den Verzicht auf zusätzliche nationale Verschärfungen von EU-Vorgaben („Goldplating“) die Verfahren für freiberuflich Tätige so einfach und effizient wie möglich zu gestalten.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt vollständig digital, medienbruchfrei und interoperabel umgesetzt werden, einheitliche digitale Standards sowie funktionierende Schnittstellen zwischen Landesbehörden und Kommunen geschaffen werden und die Verfahren nutzerorientiert ausgestaltet sind, ohne zusätzliche Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen?

X Ja Nein

Die CDU in Sachsen-Anhalt setzt sich entschlossen dafür ein, die Verwaltung des Landes vollständig zu digitalisieren und dabei konsequent auf medienbruchfreie sowie interoperable Prozesse zu setzen. Ein zentrales Anliegen der CDU ist die Schaffung einheitlicher digitaler Standards und funktionierender Schnittstellen zwischen den Landesbehörden und den Kommunen, um den Datenaustausch besonders bei Fachverfahren effizient und sicher zu gestalten. Dabei orientieren wir uns an einer nutzerorientierten Ausgestaltung der Verfahren, die den Alltag der Bürger und Freiberufler erleichtert, ohne durch die Digitalisierung neue Dokumentations- oder Nachweispflichten zu erzeugen. Das Ziel ist ein moderner Dienstleistungsstaat, der durch das „Once-Only-Prinzip“ Mehrfacherhebungen vermeidet und Verwaltungsabläufe spürbar beschleunigt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bearbeitungszeiten bei Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren deutlich verkürzt und verbindlich ausgestaltet werden?

X Ja Nein

Sachsen-Anhalt hat bereits heute, im Kontext der Bundesländer betrachtet, kurze Bearbeitungsfristen. Dies ist einer der Hauptgründe, warum unser Bundesland eines der Investitionszentren in den neuen Ländern ist. Dennoch wollen wir uns entschlossen dafür einsetzen, die Bearbeitungszeiten für Genehmigungen, Zulassungen und Förderverfahren weiter zu verkürzen und rechtlich verbindlich zu regeln. Ein zentrales Instrument hierfür ist die Einführung einer allgemeinen Genehmigungsfiktion, nach der ein Antrag automatisch als bewilligt gilt, wenn die zuständige Behörde nicht innerhalb einer festgelegten Frist von beispielsweise drei Monaten entscheidet. Durch diesen „Antrags-Turbo“ wollen wir langwierige Verfahren beenden und den Freiberuflern sowie Unternehmen im Land die notwendige Planungssicherheit für ihre Investitionen und Projekte geben. Die CDU verfolgt das Ziel, Verwaltungsprozesse durch Standardisierung und digitale Workflows so zu beschleunigen, dass der Staat nicht länger als Bremser, sondern als effizienter Dienstleister für die Wirtschaft wahrgenommen wird.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Zuständigkeiten, Aufgabenverteilungen und Verfahrensabläufe innerhalb der Landesverwaltung regelmäßig zu überprüfen und zu optimieren, um Doppelstrukturen abzubauen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten?

X Ja Nein

Dies ist zunächst eine Daueraufgabe, die zum Alltag in Behörden, Institutionen und Ministerien gehört. Die CDU begrüßt, dass die Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen innerhalb der Landesverwaltung einer regelmäßigen und systematischen Überprüfung unterzogen werden. Durch eine konsequente Aufgabenkritik sollen Doppelstrukturen identifiziert und abgebaut werden, um die Effizienz der Verwaltungsprozesse spürbar zu steigern. Wir verfolgen dabei das Ziel, Entscheidungswege deutlich zu verkürzen und bürokratische Hürden durch eine Verschlankung der Behördenorganisation zu verringern. Diese Optimierungsprozesse sind für uns ein dauerhafter Auftrag, um Sachsen-Anhalt als modernen und handlungsfähigen Dienstleistungsstaat zu positionieren, der seine Ressourcen gezielt für die Anliegen der Bürger und Freiberufler einsetzt.

2. Fachkräfte- und Nachwuchssicherung

Die freien Berufe in Sachsen-Anhalt stehen vor erheblichen Herausforderungen bei der Sicherung von Fachkräften und beruflichem Nachwuchs. Demografischer Wandel, zunehmende Altersabgänge, der hohe Anteil ländlicher Regionen sowie strukturelle Besonderheiten freiberuflicher Selbstständigkeit erfordern gezielte landespolitische Maßnahmen.

Im Fokus stehen dabei attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen, praxisnahe Qualifizierungsangebote, eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie wirksame Maßnahmen zur Bindung und Gewinnung von Fachkräften im Land.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung und Studium in den freien Berufen zu stärken, insbesondere durch den Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge sowie durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, Fachkräftebindung und Förderung von Praxis- und Büroübernahmen – insbesondere im ländlichen Raum?

X Ja Nein

Unser Bundesland verfügt mit seinen Hoch-, Fach- und Berufsschulen über exzellente Lernbedingungen. Dennoch setzen wir uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für die Ausbildung und das Studium in den freien Berufen regelmäßig zu evaluieren. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem konsequenten Ausbau praxisnaher Ausbildungsformate und dualer Studiengänge, um die akademische Ausbildung eng mit der beruflichen Realität in den Praxen und Büros zu verzahnen. Um dem Fachkräftemangel insbesondere im ländlichen Raum

entgegenzuwirken, fördert die Union gezielte Programme zur Nachwuchsgewinnung und unterstützt Freiberufler aktiv bei der Bindung qualifizierter Mitarbeiter an ihre Standorte. Ein besonderes Augenmerk liegt zudem auf der Flankierung von Praxis- und Büroübernahmen durch spezielle Förderprogramme und Beratungsangebote, damit die flächendeckende Versorgung mit freiberuflichen Dienstleistungen in ganz Sachsen-Anhalt langfristig gesichert bleibt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte zu beschleunigen und praxisnäher auszugestalten sowie den Zugang zu berufsbezogenen Sprachkursen (mindestens bis Niveau B2) zu verbessern, um die Integration in qualifizierte Beschäftigung gezielt zu fördern?

X Ja Nein

Deutschland verfügt über ein über Jahrzehnte bewährtes System aus beruflicher Bildung, der Berufsankennung und bei der Qualifizierung. Dieses System ist nicht verhandelbar. Absenkungen von Qualifizierungsstandards lehnen wir ab. Dennoch setzen wir uns dafür ein, die Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Fachkräfte deutlich zu beschleunigen und wesentlich praxisnäher zu gestalten. Die Union verfolgt das Ziel, bürokratische Hürden bei der Prüfung ausländischer Abschlüsse abzubauen und Verfahren durch digitale Prozesse sowie eine stärkere Bündelung von Zuständigkeiten zu straffen. Ein zentrales Anliegen der CDU ist zudem die Verbesserung des Zugangs zu berufsbezogenen Sprachkursen bis zum Niveau B2, da eine sichere Kommunikation die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Integration in den anspruchsvollen Alltag der Freien Berufe darstellt. Durch diese Maßnahmen will die CDU sicherstellen, dass ausschließlich qualifizierte Zuwanderer schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden und so einen wirksamen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Land leisten können.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Sachsen-Anhalt als Standort für Fachkräfte national und international attraktiver zu machen, insbesondere durch familienfreundliche Lebensbedingungen, gute Wohnraumsituation, hohe Umwelt- und Lebensqualität, wirksame Integrationsangebote sowie eine leistungsfähige Infrastruktur?

X Ja Nein

Sachsen-Anhalt ist bereits ein attraktiver Standort für Fachkräfte. Vielerorts im Lande konnte die Abwanderung in andere Bundesländer gestoppt werden. Inzwischen gibt es wieder eine regionale Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt. Unser Bundesland national und international als attraktiven Standort für Fachkräfte zu positionieren und hierfür die Lebensbedingungen in allen Regionen spürbar zu verbessern, betrachten wir als Daueraufgabe. Ein zentrales Anliegen der Union ist die Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen durch eine verlässliche Kinderbetreuung und moderne Schulen sowie die Sicherung einer

qualitativ hochwertigen Wohnraumsituation in Stadt und Land. Die CDU verbindet eine hohe Lebensqualität mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, die sowohl eine schnelle digitale Anbindung als auch eine moderne Verkehrswegeplanung umfasst. Durch wirksame Integrationsangebote wollen wir sicherstellen, dass ausländische Fachkräfte sowie deren Familien in Sachsen-Anhalt eine echte Heimat finden und langfristig zum Wohlstand des Landes beitragen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (z.B. im Sinne einer Aktivrente auch für Selbständige) zu unterstützen, um vorhandene berufliche Erfahrung länger im Arbeitsmarkt zu halten?

X Ja Nein

Dies ist zunächst ein Bundesthema. Aktuell laufen diesbezüglich die Beratungen im Deutschen Bundestag. Die CDU verfolgt das Ziel, das wertvolle Erfahrungswissen älterer Fachkräfte länger für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen, indem bürokratische Hürden bei der Weiterarbeit über die Altersgrenze hinaus konsequent abgebaut werden. Ein zentrales Anliegen von uns ist, Anreize für eine freiwillige längere Erwerbstätigkeit zu schaffen, die sich sowohl für die Betroffenen durch höhere Rentenansprüche als auch für die Gesellschaft durch den Erhalt von Expertenwissen auszahlt. Durch eine moderne Ausgestaltung des Arbeits- und Rentenrechts wollen wir sicherstellen, dass Selbstständige ihre berufliche Tätigkeit flexibel an ihre individuelle Lebenssituation anpassen können und so einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Land leisten können.

3. Berufsfreiheit, Selbstverwaltung und Kammerwesen

Die freien Berufe übernehmen durch ihre berufliche Selbstverwaltung eine besondere Verantwortung für Qualitätssicherung, Gemeinwohlorientierung und berufsethische Standards. Dieses System basiert auf dem Prinzip der Subsidiarität sowie der Maxime „Freiheit in Verantwortung“: Freiberufliche Tätigkeiten erfordern hohe Qualifikation und sind geprägt durch eigenverantwortliches, unabhängiges und vertrauliches Handeln.

Die bewährte Selbstverwaltung – insbesondere in Form von Kammern und berufsrechtlichen Regelwerken – gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität, Zuverlässigkeit und gesellschaftliche Anerkennung, auch bei der Übernahme teilweise hoheitlicher Aufgaben. Zur Selbstverwaltung der freien Berufe gehören auch die berufsständischen Versorgungswerke, die als eigenständige Alterssicherungssysteme eine wichtige Rolle für die langfristige Stabilität und Unabhängigkeit freiberuflicher Tätigkeit spielen.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen stellt sich zudem zunehmend die Frage, inwieweit berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten durch eine Ausweitung von Delegations- und Substitutionsmöglichkeiten aufgeweicht werden. Eine solche Entwicklung kann langfristig Auswirkungen auf die Qualität, die persönliche Verantwortung und die Unabhängigkeit freiberuflicher Leistungen haben.

Eine frühzeitige und systematische Einbindung der freien Berufe in politische Entscheidungsprozesse – etwa im Rahmen von Verbändeanhörungen – kann zusätzlich dazu beitragen, die Praxistauglichkeit staatlicher Regelungen zu erhöhen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufliche Selbstverwaltung der freien Berufe in Sachsen-Anhalt im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und der Maxime „Freiheit in Verantwortung“ zu stärken, ihre Strukturen zu schützen, sie frühzeitig in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen mehr Ergebnisverantwortung bei gleichzeitig geringerer staatlicher Detailsteuerung einzuräumen?

X Ja Nein

Zunächst gilt es der Arbeit von Kammern, Berufsverbänden und den Freien Berufen einen Dank für ihre enge und kooperative Arbeit auszusprechen. Auch aus diesem Grunde wollen wir das Kammerwesen, als berufliche Selbstverwaltung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips konsequent stärken und schützen. Die CDU bekennt sich klar zur Maxime „Freiheit in Verantwortung“ und will den Kammern und Berufsverbänden die Eigenverantwortung für ihre Angelegenheiten sichern. Ein zentrales Anliegen sehen wir in der Expertise der Freien Berufe, um diese für eine frühzeitige und systematische Einbindung in politische Entscheidungsprozesse zu nutzen und praxisnahe und effiziente Lösungen für das Land zu entwickeln. Durch die Stärkung dieser bewährten Strukturen wollen wir die hohe Qualität freiberuflicher Dienstleistungen stärken und die Unabhängigkeit der Berufsausübung in Sachsen-Anhalt festigen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei landesrechtlichen Regelungen die Unabhängigkeit freiberuflicher Entscheidungen gewahrt bleibt und staatliche Eingriffe – insbesondere in Berufsausübung und Vergütungsstrukturen – auf das notwendige Maß beschränkt werden?

X Ja Nein

Die CDU bekennt sich zur freien Berufsausübung und wir wollen staatliche Eingriffe in die tägliche Arbeit sowie in die Vergütungsstrukturen auf das absolut notwendige Maß begrenzen. Ein zentrales Anliegen ist, den Freiberuflern den nötigen Handlungsspielraum für ihre eigenverantwortliche Tätigkeit zu sichern und bürokratische Detailsteuerungen durch den Staat konsequent abzubauen. Durch diese verlässlichen Rahmenbedingungen stärken wir das Vertrauensverhältnis zwischen Freiberuflern, Mandanten, Patienten oder Kunden und leisten so einen Beitrag zur Sicherung der hohen Qualität dieser Dienstleistungen in Sachsen-Anhalt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass berufliche Vorbehalte und qualifikationsgebundene Tätigkeiten in den freien Berufen gewahrt bleiben und eine Ausweitung von Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten nicht zu einer Aushöhlung fachlicher Verantwortung, Qualitätsstandards und beruflicher Unabhängigkeit führt?

X Ja Nein

Die CDU setzt sich entschlossen dafür ein, die beruflichen Vorbehalte und qualifikationsgebundenen Tätigkeiten in den freien Berufen als Garanten für höchste Qualität und Patientensicherheit konsequent zu wahren. Die Union bekennt sich klar dazu, dass eine Ausweitung von Delegations- oder Substitutionsmöglichkeiten keinesfalls zu einer Aushöhlung der fachlichen Verantwortung oder der beruflichen Unabhängigkeit führen darf. Ein zentrales Anliegen von uns ist, die hohen Qualitätsstandards freiberuflicher Dienstleistungen durch den Erhalt der engen Bindung von Qualifikation und Befugnis zu sichern und staatliche Bestrebungen zur Deprofessionalisierung konsequent abzulehnen. Durch diese verlässlichen Rahmenbedingungen wollen wir sicherstellen, dass die freiberufliche Expertise auch künftig das Fundament für eine hochwertige Versorgung der Bürger in Sachsen-Anhalt bildet.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsständischen Versorgungswerke als eigenständige und bewährte Alterssicherungssysteme der freien Berufe zu erhalten und vor strukturellen Eingriffen zu schützen?

X Ja Nein

Für die CDU sind die berufsständischen Versorgungswerke, als eigenständige, leistungsfähige und bewährte Alterssicherungssysteme der Freien Berufe zu sichern. Wir bekennen uns zur Autonomie dieser gewachsenen Strukturen und lehnen strukturelle Eingriffe ab. Eines unserer zentralen Anliegen ist, die finanzielle Stabilität und die Selbstverwaltung der Versorgungswerke vor staatlicher Überregulierung zu schützen, um die verlässliche Altersvorsorge für die Angehörigen der freien Berufe in Sachsen-Anhalt auch für die Zukunft zu garantieren. Durch diese Haltung wollen wir die notwendige Planungssicherheit für Freiberufler und erkennen die besondere Verantwortung der berufsständischen Gemeinschaft für ihre Mitglieder an

4. Planbare und verlässliche Regulierung

Freiberufliche Selbstständigkeit erfordert verlässliche und planbare regulatorische Rahmenbedingungen. Häufige Änderungen von Detailvorgaben und kurzfristige

Anpassungen können Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigen.

Eine strategisch ausgerichtete, langfristig verlässliche Wirtschaftspolitik ist daher entscheidend, um Investitionen zu ermöglichen, unternehmerische Initiative zu stärken und nachhaltige Bleibeperspektiven zu schaffen. Klare Prioritäten bei öffentlichen Mitteln, zielgerichtete Förderstrukturen sowie investitionsfreundliche Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Übergangsfristen, Pilotierungen und systematische Evaluationen tragen dazu bei, neue Regelungen praxistauglich umzusetzen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue landesrechtliche Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch, planbar und mit ausreichenden Übergangsfristen, Pilotierungen und Evaluationen eingeführt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit zu gewährleisten?

Ja Nein

Die CDU hat im Jahre 2002 das sog. Mittelstandsförderungsgesetz auf den Weg gebracht. Seither müssen alle Gesetze und Verordnungen des Landes auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen überprüft werden. Selbstverständlich wollen wir, dass alle neuen landesrechtlichen Regelungen mit Auswirkungen auf freiberuflich Tätige strategisch geplant und mit verlässlichen Übergangsfristen eingeführt werden. Wir bekennen uns zu einer Politik der Investitionssicherheit, die durch den gezielten Einsatz von Pilotphasen und regelmäßigen Evaluationen sicherstellt, dass neue Gesetze in der beruflichen Praxis auch tatsächlich handhabbar sind. Ein zentrales Anliegen von uns ist, kurzfristige Belastungen zu vermeiden und stattdessen durch eine vorausschauende Gesetzgebung den Freiberuflerinnen und Freiberuflern die notwendige Zeit für notwendige Anpassungen und Investitionen zu geben. Durch diese planbaren Rahmenbedingungen stärken wir das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt und sichern die langfristige Stabilität der freiberuflichen Strukturen im Land.

5. Faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für freie Berufe

Verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen sind entscheidend für die nachhaltige Tätigkeit freier Berufe. Transparente Förderstrukturen, planbare Kostenentwicklungen sowie faire Vergabeverfahren tragen wesentlich dazu bei, Investitionen zu ermöglichen und qualitativ hochwertige Dienstleistungen langfristig sicherzustellen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige transparent, planbar und besser zugänglich zu gestalten, insbesondere für kleine und mittlere freiberufliche Unternehmen?

Ja Nein

Die Förderprogramme des Landes unterliegen einer ständigen Evaluation. Zahlreiche Förderprogramme des Landes für freiberuflich Tätige sind inzwischen

transparenter, planbarer und hürdenfreier umgesetzt. Die CDU verfolgt grundsätzlich das Ziel, insbesondere kleinen und mittleren freiberuflichen Unternehmen den Zugang zu finanziellen Unterstützungen zu erleichtern, indem Antragsverfahren vereinfacht und bürokratische Nachweispflichten auf ein Minimum reduziert werden. Ein zentrales Anliegen von uns ist, durch eine verlässliche Förderpolitik und klare Kommunikationswege sicherzustellen, dass die vorhandenen Mittel zielgenau dort ankommen, wo sie die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit der Freien Berufe in Sachsen-Anhalt stärken. Durch diese verbesserten Rahmenbedingungen schaffen wir die notwendige Investitionssicherheit für Freiberufler und fördern so aktiv die wirtschaftliche Stabilität des Mittelstands im Land.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freiberuflich Tätige bei steigenden Energie- und Betriebskosten gezielt zu entlasten, insbesondere in Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz?

X Ja Nein

Die CDU Sachsen-Anhalt fordert hierzu ein umfassendes Maßnahmenpaket von Bund und EU, das unter anderem die sofortige Aussetzung der CO₂-Abgabe sowie eine Halbierung der Energiesteuer umfasst, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Einführung regionaler Strompreiszonen, damit die Bürger und Unternehmen in Sachsen-Anhalt unmittelbar von der günstigen Erzeugung regenerativer Energien vor Ort durch sinkende Preise profitieren. In Bereichen mit hoher gesellschaftlicher Versorgungsrelevanz, wie etwa in der Gesundheitsversorgung oder bei sozialen Diensten, setzt die CDU auf eine verlässliche und bezahlbare Energiepolitik, um die hohen Qualitätsstandards und die flächendeckende Versorgung im Land nicht durch unkalkulierbare Kostenrisiken zu gefährden. Durch eine technologieoffene Energiestrategie und den Abbau bürokratischer Lasten will die CDU zudem sicherstellen, dass Freiberufler ihre Betriebskosten langfristig stabilisieren und finanzielle Spielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen nutzen können.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber stärker an Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden und nicht vorrangig am niedrigsten Preis?

X Ja Nein

Mit der auf Initiative der CDU umgesetzten Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir einen weiteren Schritt für vereinfachte und schnellere Vergabeverfahren mit dem Ziel einer örtlichen Auftragsvergabe eingeleitet. Wir setzen uns entschlossen dafür ein, dass Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber konsequent an Kriterien wie Qualität, Qualifikation und fachlicher Leistung ausgerichtet werden. Wir wollen das reine Billigstbieterprinzip endgültig ablösen und stattdessen das wirtschaftlichste Angebot in den Fokus rücken,

welches die langfristige Werthaltigkeit und die fachliche Expertise der Freien Berufe angemessen berücksichtigt. Wir wollen durch praxisgerechte Vergaberegelungen sicherstellen, dass innovative und qualitativ hochwertige Lösungen den Vorzug erhalten, um die hohen Standards bei öffentlichen Bau- und Dienstleistungsprojekten in Sachsen-Anhalt dauerhaft zu sichern. Durch diese Qualitätsorientierung stärken wir die lokale Wirtschaft sowie die freiberuflichen Strukturen im Land und sorgen für eine verantwortungsvolle Verwendung öffentlicher Mittel.

6. Stärkung der Standortfaktoren für freie Berufe

Die Attraktivität freiberuflicher Selbstständigkeit hängt maßgeblich von funktionierenden Standortfaktoren ab. Leistungsfähige digitale Infrastruktur, gute Mobilitätsangebote sowie verlässliche Betreuungsangebote für Kinder sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass freie Berufe auch außerhalb der großen Zentren bestehen und sich neu ansiedeln können.

Verlässliche Investitionen in Infrastruktur, gute Erreichbarkeit sowie moderne Arbeits- und Innovationsumfelder sind zentrale Faktoren für die Zukunftsfähigkeit freiberuflicher Tätigkeit.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, zentrale Standortfaktoren wie digitale Infrastruktur (insbesondere Breitbandausbau im ländlichen Raum), Mobilität und Kinderbetreuung gezielt zu stärken sowie moderne Arbeits- und Innovationsräume für freiberuflich Tätige zu fördern, um die Ansiedlung und Tätigkeit freier Berufe in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu sichern?

X Ja Nein

Die Stärkung der digitalen Infrastruktur und der Mobilität ist für die Zukunftsfähigkeit Freier Berufe in Sachsen-Anhalt von entscheidender Bedeutung. Durch einen konsequenten Breitbandausbau im ländlichen Raum schafft die CDU die notwendige Basis für modernes, ortsunabhängiges Arbeiten. Zudem sichert eine verlässliche Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was Fachkräfte langfristig an unsere Region bindet. Die Förderung innovativer Arbeitsräume wie Coworking-Spaces unterstützt freiberuflich Tätige dabei, sich zu vernetzen und kreative Potenziale voll auszuschöpfen. Gemeinsam bilden diese Maßnahmen ein starkes Fundament, um die Ansiedlung Freier Berufe nachhaltig zu sichern und Sachsen-Anhalt als attraktiven Wirtschaftsstandort zu festigen.

7. Stärkung des Bildungsniveaus und Sichtbarkeit freier Berufe in Schule und Hochschule

Freie Berufe sind ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur in Sachsen-Anhalt. In der schulischen Berufsorientierung sind sie jedoch bislang nur unzureichend präsent. Viele Schülerinnen und Schüler kennen dieses Berufsbild kaum oder nehmen freiberufliche Selbstständigkeit nicht als realistische berufliche Perspektive wahr.

Gleichzeitig ist ein hohes Bildungsniveau eine wesentliche Grundlage für Fachkräfteentwicklung und berufliche Orientierung. Eine gezielte Stärkung der schulischen Bildung – insbesondere durch bessere personelle und sachliche Ausstattung, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie die Förderung von Leistungsbereitschaft, Kreativität und wirtschaftlichen Kompetenzen – kann dazu beitragen, berufliche Perspektiven breiter sichtbar zu machen und auch die freien Berufe stärker in den Fokus zu rücken.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, freie Berufe verbindlich und sichtbar in der schulischen Berufsorientierung zu verankern, insbesondere durch die Aufnahme in Lehrpläne, praxisnahe Formate (z.B. Kooperationen mit Praxen und Büros) und eine stärkere Berücksichtigung selbstständiger Berufsperspektiven?

X Ja Nein

Die stärkere Verankerung von Berufsorientierung und Praxisbezug zur realen beruflichen Lebenswelt ist ein zentraler Bestandteil unserer bildungspolitischen Agenda. Wir setzen auf eine systematische Ausrichtung von der Schule an die Berufs- und Lebenswirklichkeit. Dazugehören insbesondere: die Einführung eines flächendeckenden 4+1-Modells mit regelmäßigen Praxistagen, eine frühzeitige und verbindliche Berufsorientierung an allen Schulformen, die enge Verzahnung von Schule und Arbeitswelt sowie die Stärkung von Wirtschafts-, Finanz- und Alltagskompetenzen. Berufsorientierung soll dabei ausdrücklich breit und realitätsnah erfolgen. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern die Vielfalt beruflicher Wege aufzuzeigen – dazu zählen neben klassischen Ausbildungsberufen und akademischen Laufbahnen selbstverständlich auch freie Berufe und selbständige Tätigkeiten. Durch praxisnahe Formate wie Kooperationen mit Unternehmen und externen Partnern, Praxislerntagen sowie projektorientiertes Lernen entstehen Anknüpfungspunkte, um auch freie Berufe stärker in die Institution Schule einzubinden. Die geplante Überarbeitung der Lehrpläne mit Fokus auf Praxis- und Lebensrelevanz schafft zu dem die Grundlage, entsprechende Inhalte verbindlich zu verankern. Darüber hinaus stärken wir gezielt Kompetenzen wie Selbstorganisation, Eigenverantwortung und unternehmerisches Denken, die wichtige Voraussetzungen für die Tätigkeit in einem freien Beruf sind. Mit diesen Maßnahmen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, diese Berufsperspektive für junge Menschen sichtbarer und greifbarer zu machen.

Bildung

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die schulischen Rahmenbedingungen insgesamt zu stärken, insbesondere durch bessere Ausstattung, ausreichendes Lehrpersonal, verlässliche Unterrichtsversorgung sowie Maßnahmen zur Sicherstellung von Schulabschlüssen?

X Ja Nein

Die Stärkung der schulischen Rahmenbedingungen ist ein Kernanliegen der CDU. Bildung verstehen wir als entscheidenden Faktor für Lebenschancen, Fachkräftesicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen umfassen insbesondere: Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Gewinnung junger Lehrkräfte – vor allem für den ländlichen Raum -, eine modernisierte und praxisnähere Lehrkräfteausbildung, mehr Handlungsspielräume für Schulen etwa bei Personal und Budget, den Ausbau von Unterstützungsstrukturen zum Beispiel durch Verwaltungs- und Assistenzsysteme, um Lehrkräfte zu entlasten. Zudem setzen wir auf eine frühzeitige gezielte Förderung und bessere Ausstattung von Schulen in herausfordernden sozialen Lagen sowie eine Sprachstandserhebung und ein Vorschuljahr vor Schulantritt. Unser Anspruch ist ein Bildungssystem, das fordert und fördert, Leistung anerkennt und gleichzeitig Chancengerechtigkeit sichert. Lehrkräfte für den ländlichen Raum wollen wir gewinnen, indem wir den Modellstudiengang „Duales Studium für das Lehramt an Sekundarschulen“ verstetigen und zum Standard ausbauen. Daneben sind Maßnahmen zur Senkung der Schulabbrecherquote umzusetzen, so dass kein Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlässt und jedem jungen Menschen verlässliche Perspektiven eröffnet werden können. Wir werden mit der neuen Oberschule die bisherigen Schulformen Sekundarschule und Gemeinschaftsschule zusammenführen und profilieren. Beide vergeben dieselben Abschlüsse der Sekundarstufe I. Diese neue Oberschule wollen wir zur Schule der Praxis ausbauen, da Schülerinnen und Schüler, die Praxisbezüge zu Lerninhalten herstellen können, motivierter lernen und eher zu einem Schulabschluss kommen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt freiberufliche Selbstständigkeit stärker als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird, insbesondere durch praxisnahe Angebote zur selbstständigen Berufsausübung?

X Ja Nein

Die CDU unterstützt grundsätzlich, dass freiberufliche Selbstständigkeit an Hochschulen als eigenständige berufliche Perspektive vermittelt wird.

Wichtig ist dabei eine praxisnahe und wirtschaftsorientierte Ausgestaltung: Studierende sollen durch Angebote wie Gründungswerkstätten, Projektformate mit Praxisbezug oder Kooperationen mit Unternehmen und Freiberuflern konkrete Einblicke in selbstständige Tätigkeiten erhalten. Bestehende Gründungs- und Transferstrukturen an den Hochschulen sollen gestärkt und besser genutzt werden.

Gleichzeitig setzt die CDU klare Prioritäten: Die wissenschaftliche Qualifikation bleibt Kernauftrag der Hochschulen. Angebote zur Selbstständigkeit sind eine sinnvolle Ergänzung, dürfen aber nicht zu Lasten von Qualität, Fachlichkeit oder

anderer Ressourcen gehen. Zudem ist eine realistische Vermittlung von Chancen und Risiken unternehmerischer Tätigkeit entscheidend.

Insgesamt befürwortet die CDU damit eine stärkere Sichtbarkeit und Praxisnähe von Selbstständigkeit im Studium – eingebettet in ein leistungsfähiges, wirtschaftsnahes und verantwortungsvoll gesteuertes Hochschulsystem..

8. Datenschutz und IT-Sicherheit

Datenschutz und IT-Sicherheit sind zentrale Voraussetzungen für das Vertrauen in digitale Prozesse und Dienstleistungen. Für freiberuflich Tätige ist entscheidend, dass entsprechende Anforderungen risikobasiert, rechtssicher und praktikabel ausgestaltet werden und Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit für freiberuflich Tätige risikobasiert, rechtssicher und praxistauglich ausgestaltet werden und klare Zuständigkeiten zwischen Staat, Institutionen und Anwendern bestehen?

X Ja Nein

Die CDU setzt sich für eine mittelstandsfreundliche Digitalpolitik ein, die bürokratische Lasten für Freiberufler reduziert und praxisnahe, rechtssichere Lösungen bei Datenschutz und IT-Sicherheit priorisiert. Wir befürworten einen risikobasierten Ansatz, der den tatsächlichen Gefährdungslagen entspricht, statt pauschale Anforderungen zu stellen, die kleine Betriebe überfordern. Zudem fordern wir klare Zuständigkeiten und eine bessere Unterstützung durch staatliche Institutionen, um die Eigenverantwortung der Anwender durch verlässliche Leitplanken zu stärken.

Anhang – Spezifische Anliegen der Anwaltschaft

1. Effizienz der Justizverfahren

Die Dauer gerichtlicher Verfahren ist ein zentraler Faktor für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und die praktische Durchsetzbarkeit von Rechten. Zugleich müssen rechtsstaatliche Verfahrensgarantien gewahrt bleiben.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die Dauer von Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu verkürzen, ohne rechtsstaatliche Verfahrensgarantien einzuschränken?

Ja Nein

Die CDU setzt sich ausdrücklich für eine schnelle, digitale und effiziente Justiz ein. Wir wollen Zielzeiten für zentrale Verfahrensarten festlegen und Verfahren durch elektronische Akte sowie digitale Infrastruktur beschleunigen. Außerdem betont die CDU ausdrücklich, dass Verfahren nicht nur zügig, sondern auch fair und rechtsstaatlich einwandfrei geführt werden müssen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, den Zugang zum Recht nicht vom Wohnort abhängig zu machen und fordern den Erhalt von Gerichtsstandorten und Staatsanwaltschaften im gesamten Land.

2. Angemessene Vergütung anwaltlicher Leistungen

Eine angemessene und verlässliche Vergütung anwaltlicher Leistungen ist Voraussetzung für eine flächendeckende rechtliche Versorgung sowie für den Zugang zum Recht. Dies gilt insbesondere für gesetzlich geregelte Vergütungssysteme und staatlich finanzierte Mandate.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die gesetzliche Anwaltsvergütung regelmäßig und angemessen weiterzuentwickeln sowie die Vergütung in Beratungshilfe- und Prozesskostenhilfemandaten auskömmlich auszugestalten und die entsprechenden Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Ja Nein

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Vergütung und die Verfahren im Bereich der anwaltlichen Versorgung so ausgestaltet sind, dass der Zugang zum Recht praktisch erhalten bleibt und die rechtliche Versorgung stabil gesichert ist. Dafür sollen Konkrete Anreize geschaffen werden, wie ein Startgeld für die Neugründung von Kanzleien in unterversorgten Landkreisen.

3. Abgrenzung anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen

Die Qualität rechtlicher Beratung, klare Haftungsstrukturen und ein wirksamer Verbraucherschutz erfordern verlässliche Rahmenbedingungen für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die berufsrechtlichen Standards, Haftungsregeln und den Verbraucherschutz im Bereich von Rechtsdienstleistungen zu sichern und eine Ausweitung nichtanwaltlicher Rechtsdienstleistungen so zu gestalten, dass diese Standards nicht unterlaufen werden?

Ja Nein

Die CDU setzt sich dafür ein, außergerichtliche Streitbeilegung mit Schiedspersonen sowie Mediatorinnen und Mediatoren als ergänzende Säule des Rechtsstaats gezielt zu stärken, um schnelle, bürgernahe und kostengünstige Lösungen zu ermöglichen und damit die Gerichte und die Anwaltschaft zu entlasten. Zugleich wollen wir den Verbraucherschutz und die Arbeit der Verbraucherberatungsstellen ausbauen. Verbraucher können sich so transparent, niedrigschwellig und verlässlich über Risiken informieren und qualifizierte anwaltliche Beratung dort in Anspruch nehmen, wo sie für einen wirksamen Rechtsschutz erforderlich ist.

4. Gerichtsstandorte und Zugang zur Justiz

Eine wohnortnahe Justizinfrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere im ländlichen Raum.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, Gerichtsstandorte in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten und zu stärken, um einen verlässlichen Zugang zur Justiz sicherzustellen?

Ja Nein

Die CDU setzt sich auf allen Ebenen für eine Stärkung des ländlichen Raumes ein – dazu gehört auch sich für den Erhalt von Gerichtsstandorten und Staatsanwaltschaften im ländlichen Raum stark zu machen. Nur so kann gewährleistet werden, dass der Zugang zum Recht nicht vom Wohnort abhängig ist. Die CDU setzt sich für eine wohnortnahe Justizinfrastruktur ein.

Anhang – Spezifische Anliegen der Tierärzteschaft

1. Tierärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit ausgeprägten ländlichen Strukturen. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzten, insbesondere im Bereich der Nutztierpraxis. Altersbedingte Praxisaufgaben, hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Bürokratie sowie wirtschaftliche Unsicherheiten führen dazu, dass immer weniger tierärztliche Leistungen vor Ort verfügbar sind.

Eine stabile tierärztliche Infrastruktur ist jedoch essenziell für Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und den One-Health-Ansatz. Versorgungslücken stellen nicht nur ein Risiko für landwirtschaftliche Betriebe dar, sondern auch für Tierseuchenprävention und Verbraucherschutz insgesamt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die tierärztliche Versorgung – insbesondere im Nutztierbereich und im ländlichen Raum – durch gezielte Förderprogramme, Niederlassungsanreize, Maßnahmen zur Entlastung von Bürokratie sowie verbesserte Rahmenbedingungen nachhaltig zu sichern?

X Ja Nein

Im ländlichen Raum gehört die Landwirtschaft zu den wichtigsten Wirtschaftsfaktoren – entsprechend ist sie von leistungsfähigen land- und tierwirtschaftlichen Strukturen abhängig. In diesem Sinne setzt sich die CDU ausdrücklich dafür ein, die tierärztliche Versorgung, besonders im ländlichen Raum und für Nutztiere, zu sichern und zu verbessern, um die hohen Tierschutzstandards und flächendeckende Betreuung dauerhaft zu sichern. Die richtigen Instrumente sind dabei aus unserer Sicht: Förderung einer praxisnahen Ausbildung mit stärkerer Einbindung der Studierenden im ländlichen Raum, Stipendienmodelle, Zuschüsse für Existenzgründung, Investitionsförderung oder Rückkehrprogramme für Absolventen. Es muss jedoch nicht nur der Beginn der Tierärzteleaufbahn in Sachsen-Anhalt unterstützt werden, sondern die enorme Arbeitsbelastung im laufenden Alltag muss reduziert werden – statt sich um das Wohl von Tieren kümmern zu können, verliere Tierärzte einen großen Teil ihrer Zeit durch überbordende Dokumentations- und Meldepflichten. Diese Prozesse müssen praktikabel und rechtssicher vereinfacht werden, ohne dabei die Tiergesundheit und Verbraucherschutz zu gefährden. Eine verlässliche tierärztliche Versorgung ist Teil der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, gemeinsam mit allen Beteiligten tragfähige Lösungen zu entwickeln, die eine attraktive berufliche Perspektive bieten und zugleich Tierwohl, Verbraucherschutz und Landwirtschaft nachhaltig stärken.

2. Stärkung des öffentlichen Veterinär- und Verbraucherschutzsystems

Die Tierärzteschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Gesundheits- und Verbraucherschutz. Im Sinne des One-Health-Ansatzes ist die Tiergesundheit eng mit der menschlichen Gesundheit verbunden – etwa zwei Drittel aller menschlichen

Infektionskrankheiten stammen vom Tier (Zoonosen). Zudem dient das Konzept der europäischen Verbraucherschutzpolitik „from stable to table“ dem Ziel gesunder Lebensmittel.

Gleichzeitig zeigen sich in Sachsen-Anhalt zunehmende strukturelle Defizite in der amtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Personelle Engpässe, Einstellungsstopps sowie fehlende Ausbildungskapazitäten (z.B. für Tiergesundheitskontrolleure) führen zu Verzögerungen und gefährden die Funktionsfähigkeit der zuständigen Behörden.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, die personelle und strukturelle Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu stärken, insbesondere durch den Abbau von Einstellungshemmnissen, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten sowie eine langfristig gesicherte Personalausstattung?

X Ja Nein

Die CDU setzt sich ausdrücklich für eine Verbesserung der personellen und strukturellen Ausstattung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung ein. Im One-Health-Ansatz sind Tiergesundheit, menschliche Gesundheit und Umwelt untrennbar miteinander verbunden. Eine leistungsfähige Veterinär- und Lebensmittelüberwachung ist damit nicht nur Verwaltungsaufgabe, sondern ein wesentlicher Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge und präventiver Gefahrenabwehr. Wir setzen uns für praxisnahe, flexible und zügige Einstellungsverfahren ein, um offene Stellen zeitnah besetzen zu können. Dazu gehören auch realistische Stellenbewertungen und attraktive Eingruppierungen, um die Personalausstattung bedarfsgerecht und langfristig in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu sichern. Wir unterstützen den gezielten Ausbau von Ausbildungsplätzen, insbesondere für Tiergesundheitskontrolleure und weiteres Fachpersonal. Gleichzeitig sollen Fort- und Weiterbildungsangebote gestärkt und stärker landesweit koordiniert werden. Effiziente Organisation, digitale Prozesse und eine klare Aufgabenverteilung können dazu beitragen, Fachpersonal zu entlasten und Ressourcen sinnvoll einzusetzen.

3. Tierschutz bei Tiertransporten

Langstreckentransporte von Nutz- und Zuchttieren – insbesondere in Drittstaaten – stehen seit Jahren in der Kritik. Die Einhaltung von Tierschutzstandards entlang der gesamten Transportkette ist häufig nur eingeschränkt überprüfbar. Amtstierärztinnen und Amtstierärzte sehen sich dabei regelmäßig mit rechtlichen und praktischen Unsicherheiten konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsfeld zwischen rechtlichen Vorgaben, wirtschaftlichen Interessen und dem Anspruch eines wirksamen Tierschutzes.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutz bei Tiertransporten wirksam zu stärken und insbesondere Regelungen für Langstreckentransporte so

weiterzuentwickeln, dass Tierschutzstandards überprüfbar eingehalten werden und tierschutzwidrige Transporte wirksam verhindert werden?

Ja Nein

Um tierschutzwidrige Transporte wirksam zu verhindern, machen wir uns für den Einsatz moderner digitaler Überwachungssysteme wie GPS-Tracking und Temperaturkontrollen in Echtzeit stark. Unser Ziel ist es, Lebewesen-transporte in Drittstaaten, in denen die Einhaltung unserer Tierschutzstandards nicht garantiert werden kann, deutlich zu begrenzen und stattdessen den Transport von Fleisch zu forcieren. Wir unterstützen zudem den Ausbau regionaler Schlachthofstrukturen, um Transportwege von vornherein so kurz wie möglich zu halten und die Belastung für die Tiere zu minimieren.

4. Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt

In vielen Regionen Sachsens-Anhalts ist eine starke Vermehrung freilebender und verwilderter Katzen zu beobachten. Unkontrollierte Fortpflanzung führt zu erheblichem Tierleid, hoher Krankheitsbelastung sowie zu steigenden Anforderungen an Tierheime und kommunale Strukturen.

§ 13b Tierschutzgesetz (TierSchG) ermöglicht ausdrücklich die Landesregierungen, durch eine landesweite Verordnung geeignete Maßnahmen zur Regulierung dieser Population zu ergreifen. Derzeit erfolgt dies in Sachsen-Anhalt überwiegend auf kommunaler Ebene, was zu uneinheitlichen Regelungen und zusätzlichem Verwaltungsaufwand führt.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung in Sachsen-Anhalt einzuführen, um die Population freilebender Katzen nachhaltig zu regulieren und Tierleid nachhaltig zu reduzieren?

Ja Nein

Die CDU betrachtet die Populationsentwicklung von freilebenden verwilderten Katzen in Sachsen-Anhalt mit Sorge. Vor dem Hintergrund des damit verbundenen Tierleids, der Verbreitung von Zoonosen und überlasteten Tierheimen ist in den einzelnen Hotspots dringender Handlungsbedarf nötig. Dabei möchten wir die richtigen Grundvoraussetzungen für angepasste Konzepte im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung schaffen und keine landesweit einheitliche Katzenschutzverordnung einführen. Um Tierleid nachhaltig zu reduzieren, unterstützen wir gezielte Förderungen für Tierschutzvereine und Tierheime, die bereits wertvolle Arbeit bei der Kastration freilebender Katzen leisten. Unser Fokus liegt auf der Förderung von freiwilligem Engagement und der Sensibilisierung von Tierhaltern, als auch denen, die diese problematischen Katzenpopulationen bspw. durch illegale Fütterung weiterhin negativ fördern, um die Population ohne unnötige regulatorische Hürden stabil zu halten.

5. Weiterentwicklung des Hundegesetzes und verantwortungsvolle Hundehaltung

Die sichere Haltung und Führung von Hunden ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Zusammenlebens. Wiederkehrende Beißvorfälle zeigen, dass neben rechtlichen Regelungen auch Kenntnisse und Verantwortungsbewusstsein der Hundehalterinnen und Hundehalter eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund wird die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises („Hundeführerschein“) zunehmend als Instrument diskutiert, um Risiken zu reduzieren und eine verantwortungsvolle Hundehaltung zu fördern.

Gleichzeitig führt die derzeitige Ausgestaltung des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt in Teilen zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand und wirft fachliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf pauschale Rasselisten und Meldepflichten.

Zunehmend wird daher eine stärker wissenschaftlich fundierte, differenzierte und zugleich praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen diskutiert.

Frage:

Werden Sie sich dafür einsetzen, das Hundegesetz Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau (z.B. Meldepflicht durch den Tierarzt), eine wissenschaftlich fundierte Gefährlichkeitsbewertung sowie Maßnahmen zur Förderung verantwortungsvoller Hundehaltung (z.B. Sachkundenachweise)?

X Ja Nein

Die CDU Sachsen-Anhalt bekennt sich zu einer praxisnahen Weiterentwicklung des Hundegesetzes, die den Schutz der Bevölkerung mit einem konsequenten Bürokratieabbau für Halter und Behörden verbindet. Wir unterstützen die Vereinfachung von Meldepflichten, etwa durch eine direkte digitale Übermittlung von Daten durch Tierärzte innerhalb des Rahmens ihrer bisheriger Dokumentationspflichten, um Doppelstrukturen und Meldeaufwand spürbar zu reduzieren. Bei der Bewertung von Hunden setzen wir auf wissenschaftlich fundierte Kriterien und individuelle Wesenstests, statt auf rassebetreffende Pauschalurteile. Zur Förderung einer verantwortungsvollen Hundehaltung befürworten eine Weiterbildung durch freiwilliges Engagement, um die Kompetenz der Halter zu stärken und Beißvorfälle zu reduzieren. Eine landesweite Pflicht zum Nachweis einer Sachkunde durch alle Hundehalter lehnen wir ab. Unser Ziel ist ein rechtlicher Rahmen, der den Schutz der Bevölkerung garantiert, ohne verantwortungsbewusste Hundehalter durch unnötige bürokratische Hürden zu belasten.